

# Die „rebellischste Baracke des Ostblocks“

Eine Konferenz nahm das Epochenjahr 1989 – und die historische Rolle Polens – in den Blick

**B**ei der Revolution 1989/1990 und der hiermit einhergehenden Implosion des Ostblocks kam Polen eine zentrale Bedeutung zu. Und so waren gerade auch die historischen Entwicklungen östlich von Oder und Neiße Gegenstand der Konferenz 1989–2019: *Die Revolution in der DDR und in Ostmitteleuropa. Globale Entwicklungen und Perspektiven*, die vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Deutschen Gesellschaft vom 19. bis 20. März in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund veranstaltet wurde.

Als „rebellischste Baracke des Ostblocks“ würdigte Polen der Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Eberhard Karls Universität Tübingen,



Prof. Dr. Klaus Gestwa

Prof. Dr. Klaus Gestwa, in seinem Vortrag über *Das Ende des osteuropäischen Staatssozialismus*. Polen sei früh mit sowohl ökonomischen als auch politischen Erosionserscheinungen konfrontiert gewesen: Wachsende Auslandsschulden belasteten die Staatskasse, während gleichzeitig Versuche einer Modernisierung und die Integration in die Weltwirtschaft scheiterten. Die überzogene Polizeigewalt, die gegen Proteste eingesetzt wurde, habe sodann zu einem Bündnis von Arbeitern, Intellektuellen und Katholiken geführt. Indem sich in Polen die erste freie Gewerkschaft im Ostblock etablieren konnte und staatliche Gegenmaßnahmen nicht zu einer politischen Stabilisierung führten, wurde Polen, in den Worten Gestwas, zum „ersten Dominostein“ der politischen Wende. Schließlich sei mit dem „runden Tisch“ 1989 ein neues politisches Forum entstanden, das eine nicht gewaltsame, sondern vielmehr „verhandelte Revolution“ ermöglicht habe. Die in dieser Zeit ein-

geleitete nationalökonomische „Schocktherapie“ habe wesentlich zum „neoliberalen Erfolgsnarrativ“ beigetragen, das sich mit dem Rückblick auf das Ende der Kommandowirtschaft verbindet.

Die Veränderungen der internationalen Politik infolge der Auflösung der Sowjetunion ab 1991 arbeitete Dr. Manfred Sapper, Chefredakteur der Zeitschrift *Osteuropa*, in seinem Eröffnungsvortrag 1989/90 als glo-



Dr. Manfred Sapper

globale Zäsur heraus. Entscheidend sei, dass es nun über einzelne Milieus und Staaten hinaus keine vergleichbare Manifestation kommunistischer Ideologie mehr gebe. Dies dürfe jedoch nicht davon ablenken, dass der Kommunismus nicht beseitigt sei. Vielmehr lebe noch heute jeder fünfte Mensch auf der Welt in einer kommunistischen Ordnung. Das Ineinander von Bruch und Kontinuität versinnbildlicht für Sapper der 4. Juni 1989, an dem einerseits in Polen die ersten halbfreien Wahlen durchgeführt wurden, es andererseits aber in Rotchina auch zum Tian'anmen-Massaker kam.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zur Entwicklung *Von den Revolutionen zur Veränderung der internationalen Ordnung* stellte Sapper bezüglich der Verflechtung sowohl der einzelstaatlichen Politiken der kommunistischen Führung als auch der unterschiedlichen Akteure der Bürgerrechtsbewegung fest: „Wir müssen uns von der Vorstellung trennen, es habe sich um getrennte, voneinander unabhängige Staaten gehandelt“; vielmehr seien politische Führung wie Dissidenten eng miteinander verbunden gewesen – so etwa die Solidarność mit der ungarischen Oppositionsbewegung. Zugleich rief Sapper die teils unzureichende Unterstützung der Bürgerrechtler und Dissidenten durch die Bundesrepublik in Erinnerung: Viele Deutsche, gerade in der SPD, hätten an dem etablierten Entspannungsprozess mit

der UdSSR festgehalten und etwa über die Konzentration auf Moskau verkannt, was in Polen geschah; eine Ausnahme habe der langjährige Bremer Bürgermeister – Kaschube und Begründer der Städtepartnerschaft Danzig-Bremen – Hans Koschnick dargestellt, der die moralische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Solidarność-Bewegung erkannt habe.

Neben dem historischen Rückblick thematisierte die Konferenz auch die an die Revolution anschließenden politischen Entwicklungen und gab einen Ausblick auf gegenwärtige und künftige Herausforderungen für Europa. Prof. Dr. Tilman



Prof. Dr. Tilman Mayer

Mayer vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn bilanzierte in seinem Vortrag *Europäische Konflikte in der nachrevolutionären Epoche* und zeigte Entwicklungsperspektiven auf. Konflikte identifizierte er nicht nur in der Migrations-, Energie- und Geopolitik, sondern ganz grundsätzlich in der Frage nach der europäischen Architektur: Hier gelte es, das „Verhältnis zwischen Europäischer Union und Nationalstaaten“ grundsätzlich zu klären und eine „neue Balance“ anzudenken. Chancen für ein Zusammenwachsen Europas sah Mayer u. a. in der Etablierung und verstärkten Einbindung der Visegrád-Gruppe sowie in einer Stärkung des Weimarer Dreiecks. Insgesamt gelte es, die Staaten Ostmitteleuropas endlich als „selbstbewusste Akteure mit eigenen Interessen“ anzuerkennen, als die sie „aus den friedlichen Revolutionen hervorgegangen“ sind.

■ Tilman Asmus Fischer